

12. März 2019

EU-Richtlinie verhindert effiziente Verhandlungen

Das Plenum des Europäischen Parlaments hat heute der Richtlinie über unlautere Handelspraktiken in der Lebensmittelversorgungskette zugestimmt. HDE-Präsident Josef Sanktjohanser sieht in dem Gesetz einen ungerechtfertigten Eingriff in die Vertragsfreiheit. Für die nationale Umsetzung der Richtlinie müssen nun praktikable Lösungen gefunden werden.

„Die EU schiebt effizienten Verhandlungen zwischen dem Lebensmittelhandel und faktisch all seinen Lieferanten einen Riegel vor“, sagt Josef Sanktjohanser, Präsident des Handelsverbandes Deutschland (HDE). Der Handel rechne daher mit steigenden Verbraucherpreisen. Für die nationale Umsetzung der Richtlinie müssten nun praktikable Lösungen gefunden werden.

In einem Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel hatten der HDE-Präsident und die Vorstandsvorsitzenden großer Lebensmittelkonzerne kritisiert, dass die Bundesregierung den falschen EU-Kurs unterstützt. Der Anwendungsbereich der Richtlinie mit insgesamt 16 Verbotsklausen für Verträge wurde von mittelständische auf Lieferanten mit einem Umsatzvolumen von bis zu 350 Millionen Euro globalem Jahresumsatz ausgeweitet. „Statt den Landwirten zu helfen, baut die EU einen Schutzzaun um Konzerne“, so Sanktjohanser.

Der Handelsverband Deutschland (HDE) ist die Spitzenorganisation des deutschen Einzelhandels. Insgesamt erwirtschaften in Deutschland 300.000 Einzelhandelsunternehmen mit drei Millionen Beschäftigten an 450.000 Standorten einen Umsatz von über 500 Milliarden Euro jährlich.

**Handelsverband
Deutschland (HDE)**
Am Weidendamm 1A
10117 Berlin

**Geschäftsführer
Kommunikation:**
Kai Falk
Telefon 030/72 62 50-25
Telefax 030/72 62 50-99
www.einzelhandel.de
presse@hde.de

Facebook:
handelsverband
Twitter:
@handelsverband